

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

WIR MÜSSEN DAFÜR SORGEN, DASS DIE SCHWEIZ SCHWEIZ BLEIBT

Tricksen und Täuschen in Bundesbern

Genau vor 25 Jahren, am 6. Dezember 1992, haben 50,3 Prozent der Bevölkerung und dazu alle Deutschschweizer Kantone (ausser beide Basel) einen Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) abgelehnt. Was habe ich damals, zum Zeitpunkt dieser Jahrhundertabstimmung, getan? Ich schrieb als Sportberichterstatte der NZZ aus Moskau über den Eishockey-Final des Iswestija-Cups zwischen der Tschechoslowakei und Russland II.



Roger Köppel
Nationalrat SVP
Küssnacht

Es war eine andere Zeit damals. Die Sowjetunion war kaputt. In den einstigen Verwaltungsgebäuden des glorreichen Armeesportvereins ZSKA schummerte nun der Nachtclub «Red Zone» mit leichten Mädchen. Während das kommunistische Grossreich dahinsank, schien auch die Schweiz im Begriff, sich selber auf den Komposthaufen der Geschichte zu werfen.

Als guter NZZler war mir die historische Bedeutung der EWR-Abstimmung noch gar nicht richtig bewusst. Zum Glück, muss ich heute sagen, hielten Unentwegte und Standfeste um Christoph Blocher, Walter Frey und den FDP-Recken Otto Fischer mit voller Kraft dagegen.

Sie lenkten den Widerstand des Volks gegen die Preisgabe der Schweiz. Danke!

Damals waren sie ehrlich

Wenn wir heute auf diese ferne Zeit zurückblicken, fällt noch etwas ganz besonders auf: Damals waren sie in Bern noch ehrlich. Adolf Ogi bezeichnete den EWR als «Trainingslager für den EU-Beitritt». Der populäre SVP-Bundesrat hat damit nur ausgedeutet, was komplizierter auch in der bundesrätlichen Botschaft stand: «Unsere Teilnahme am EWR kann nicht mehr als das letzte Wort in unserer Integrationspolitik gelten. Sie ist im Rahmen einer Europa-Strategie zu sehen, die in zwei Phasen ablaufen soll und den vollumfänglichen Beitritt der Schweiz zur EG zum Ziel hat.»

Darum hat der Bundesrat im Mai 1992 auch ein EU-Beitritts-gesuch nach Brüssel geschickt. Offen räumte er ein: Im EWR bleibt der Schweiz nichts anderes übrig, als das EU-Recht automatisch zu übernehmen. Da wäre es immerhin noch besser, als EU-Mitglied mitbestimmen zu können. Am Chlauseitag 1992 kam es dann zum berühmten Nein, einer Art Erdbeben in der politischen Schweiz. Die SVP und die Auns führten den Kampf unter Leitung von Christoph Blocher sozusagen gegen alles, was Rang und Namen hatte.

Die Reaktionen der Verlierer fielen wütend aus. Und rasch sollte sich zeigen: Die politische Klasse hat das Nein nie akzeptiert. Neben der SP votierten auch die FDP (1995) und die CVP (1998) für den EU-Beitritt. Die EWR-Befürworter schäumten erst Recht, als ihre düsteren wirtschaftlichen Prophezeiungen nicht eintrafen.

Vielmehr setzte im neuen Jahrtausend eine eigentliche Masseneinwanderung aus dem EU-Raum ein. In Brüssel verhandelten Schweizer EU-Turbos, die eigentlich baldmöglichst beitreten wollten. Entsprechend unbefriedigend waren die von ihnen ausgehandelten Verträge der Bilateralen I, die obendrein mit einer «Guillotineklause» miteinander verknüpft wurden.

Heutige Heimlichtuerei

Bundesrat, Parlamentsmehrheit und Verwaltung zogen die Lehren aus ihrem EWR-Debakel und bereiteten die weiteren Schritte Richtung EU-Beitritt heute möglichst heimlich vor. Alle betonen seither, sie wollten unter keinen Umständen in die EU. Der Zürcher Staatsrechtler Georg Thürer arbeitete für den Bundesrat ein Geheimgutachten aus, wie ein EU-Beitritt ohne Volksabstimmung vonstatten gehen könne. Sein Vorschlag lautete: Wir machen das EU-

Recht einfach zu übergeordnetem Völkerrecht.

Das Parlament versteckte eine zweite Kohäsionsmilliarde von 1,3 Milliarden Franken in den Entwicklungshilfekrediten 2017–2020. Angesichts der schon relativ knappen Zustimmung zur ersten Kohäsionsmilliarde fürchtete das Aussendepartement ein Referendum gegen erneute Zahlungen. Immer wieder wurde darum betont, das Gesetz bewillige noch nicht die Zahlung an sich, sondern bilde nur eine allfällige Grundlage für einen allfälligen Beitrag. Damit werde weder vorweggenommen, ob überhaupt bezahlt und wie viel bezahlt werde.

Ein politischer Skandal und ein Grund, dem Bundesrat in der EU-Politik ganz grundsätzlich zu misstrauen, war die Weigerung der Landesregierung, ihren Entscheid der Zahlung von neuerlich 1,3 Milliarden Kohäsionsbeitrag öffentlich zu kommunizieren. Die Begründung, man habe die Sache noch nicht entschieden, war geradezu eine Lüge. Tatsächlich wollte man innenpolitischen Lärm im Vorfeld des Juncker-Besuchs vermeiden. Wenn der Bundesrat seine Entscheide künftig nur noch in Anwesenheit eines EU-Repräsentanten öffentlich macht, unterstreicht dies den Charakter der Schweiz als eine Art Rechtskolonie. Man sprach von Verhandlungstaktik, betrieb aber in Wirklichkeit die Kapitulation.

Es war geradezu selbstquälerisch, wie ausgerechnet unsere Medien als vierte Gewalt diese Geheimdiplomatie schluckten oder sogar noch lobten. Dabei wäre es Auftrag der Medien, zu informieren und aufzuklären. Stattdessen agierten sie als Papageien der Fassadenreiniger und PR-Profis in der Bundesverwaltung. Die direkte Demokratie ist indessen ganz speziell auf eine ehrliche Regierung angewiesen,

denn ihre Informationen müssen stimmen (nicht wie bei der Personenfreizügigkeit, wo sich der Bundesrat bei der erwarteten Zuwanderung um den Faktor zehn «geirrt» hat).

Solche bundesrätliche Geheimsitzungen ohne Kommunikation des Entscheides dürfen nicht geduldet werden, weder von uns Parlamentariern noch von der Bevölkerung. Ich habe darum in der Wintersession einen Vorstoss für öffentliche Bundesratssitzungen (ausser bei Personalien und Geschäften im Interesse der Landessicherheit) eingereicht.

Anatomie des Juncker-Besuchs

Bundespräsidentin Doris Leuthard wollte sich unter allen Umständen mit dem Besuch von EU-Kommissionspräsident und Parteifreund Jean-Claude Juncker schmücken und als grosse Deblockiererin und Normalisiererin des Verhältnisses mit der EU dastehen. Auch im Vorfeld dieses Staatsbesuchs vom 23. November vernahm die Öffentlichkeit kaum viel mehr als Unwahrheiten: Bern behauptete, es sei noch nichts beschlossen und es sei nichts versprochen worden, Juncker behauptete, er habe immer kommen wollen, auch wenn er die 1,3 Milliarden nicht erhalten hätte.

Viel angeblich Diplomatisches, aber inhaltlich ganz offensichtlich Falsches wurde auch während des Staatsbesuchs selber geäussert. Etwa wenn Juncker behauptete, die Interessen beider Seiten seien «identisch gelagert». Dies ist offensichtlich falsch, denn die EU will, dass sich die Schweiz ihr unterstellt, und die Schweizerinnen und Schweizer wollen das nicht. Wenn Leuthard diese Aussage akzeptiert, hat sie unser Land bereits aufgegeben.

Bundespräsidentin Doris Leuthard sprach von «positiver Dynamik», aber nicht davon, wohin diese führen soll. Sie nannte auch den Begriff «Umsetzung» der Masseneinwanderung, wo es sich doch in Wahrheit um eine schlichte Nichtumsetzung handelte. Sie sprach von «Rechtssicherheit», wo doch eine dynamische Rechtsübernahme Rechtsunsicherheit schafft. Sie sprach von Verhandlungen «auf Augenhöhe», wo es doch um einen Unterwerfungsvertrag

geht. Bundespräsidentin Leuthard sagte auch: «Dieses Rahmenabkommen ist wichtig, damit wir nicht bei jeder Rechtsfortentwicklung laufend nachverhandeln müssen.» Tatsächlich gäbe es dann tatsächlich nichts mehr zu verhandeln, wir müssten einfach automatisch übernehmen.

Deutlich wurde immerhin, dass das Rahmenabkommen beim Bundesrat beschlossene Sache ist. Zur Kohäsionszahlung meinte Leuthard: «Der Bundesrat macht dies nicht in Verknüpfung politischer Interessen, sondern im Lichte der gesamten guten Beziehungen.» Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Die Schweiz verschenkt 1,3 Milliarden ohne jedes politische Interesse. Das ist kein Ausverkauf der Schweiz. Das ist ein Verschenken, ein Verschern und Verramschen der Schweiz. Doris Leuthard wirft die Schweiz der EU wie eine bankrotte Lotterbude hinterher.

Wie weiter?

Kaum hatte die EU die bedingungslosen 1,3 Milliarden Franken in der Tasche, setzte sie unser Land auf eine graue Liste der angeblichen Steueründer? Warum? Weil Brüssel mit guten Gründen hofft, aus der butterweichen Schweiz noch viel mehr Geld herauspressen zu können. Gegen die USA, die in Steuersachen eigentlich nicht auf eine graue, sondern auf eine schwarze Liste gehörten, wagt die EU dergleichen selbstverständlich nicht.

Ziemlich sicher liegt der Vertrag fertig ausgehandelt in der Schublade, sonst hätte Bundespräsidentin Leuthard nicht von einer Unterzeichnung im kommenden Frühjahr gesprochen. Es ist denkbar, dass andere Modelle der Streitbeilegung diskutiert werden. Aber auch beispielsweise der Efta-Gerichtshof wäre ein fremdes Gericht, in dem die EWR-Mitglieder im Zweifel für die EU votieren würden und der das EU-Recht einheitlich anwenden muss.

FDP, CVP, die Linke und die Mehrheit im Bundesrat wollen heute die Einrahmung mit der EU. Im Vorfeld der entsprechenden Abstimmung ist einiges

Fortsetzung auf Seite 2

Damit Sie wieder hören, was in Bundesbern läuft!

Dietikon HörCenter

Bahnstrasse 12, 8953 Dietikon
Telefon 043 322 55 66
Öffnungszeiten: Mo - Fr: 09.15 - 12 / 13 - 17.30

Jetzt anmelden für **Gratis-Hörttest**

Neuste Hörgeräte

Persönliche und individuelle Beratung durch Akustiker mit eidg. Fachausweis

CORNU
CornuLights

Technik für Ihren Event

Audio | Video | Licht
Projektion | Bühne | Rigging

www.CornuLights.ch

Christbäume
Schweizer Rot- und Nordmantannen

Uetikon am See, ab Hof
15. - 24. Dezember
täglich 9 - 17 Uhr
oder nach Vereinbarung

Herrliberg, Weihnachtsmarkt
16. Dezember
12 - 19 Uhr

Theres u. Felix Weber-Gachnang
Holländerstr. 75, 8707 Uetikon
079 693 73 51
www.bergli-christbaum.ch

Liebe Leserinnen und Leser

Wissen Ihre Geschäftsfreunde und -partner, dass sie hier für nur 320 Franken beste Werbung für Ihre Produkte und Dienstleistungen machen können?

Danke, dass Sie ihnen diese Möglichkeit empfehlen.

Ihr Zürcher Bote

Inserate «Der Zürcher Bote»:
Marco Calzimiglia
ZBV, Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
Telefon 044 217 77 39
inserate@zuercher-bote.ch

Tricksen und Täuschen in Bundesbern

Fortsetzung von Seite 1

schlechter als 1992, aber auch einiges besser. Einerseits sind wir mittlerweile viel mehr in die EU verwoben, etwa mit den Bilateralen, der Personenfreizügigkeit sowie mit Schengen/Dublin inklusive automatischer Rechtsübernahme.

Andererseits sehen wir heute die Nachteile der EU viel klarer als 1992, nämlich Bürgerferne, Zentralisierung, Währungskrise, Ost-West-Spannungen,

Flüchtlingskrise und zahlreiche wirtschaftliche und soziale Probleme.

Die SVP steht in der Europafrage einmal mehr allein. Die andern haben die Macht, aber wir haben die Überzeugung und vor allem diese Gewissheit, auf der richtigen Seite zu stehen, wenn wir uns wie schon 1992 dafür einsetzen, dass die Schweiz nicht an Brüssel verscherbelt wird. Sondern dass die Schweiz Schweiz bleibt.
